

Walter Kolbow / Volker Barth

Auf dem Weg zur Stabilisierung

Bilanz des KFOR-Einsatzes im Kosovo

Vor bereits mehr als 16 Jahren hat der Deutsche Bundestag am 16. Oktober 1998 die Beteiligung der Bundeswehr an dem NATO-Einsatz im Kosovo-Konflikt gebilligt. Es war der erste Kampfeinsatz in der Geschichte der Bundeswehr und die erste Entscheidung dieser Art, die der Deutsche Bundestag treffen musste. Und es ist mittlerweile der längste Einsatz, an dem die Bundeswehr beteiligt ist. Die Unterzeichnung des militärisch-technischen Abkommens im makedonischen Grenzort Blace am 9. Juni 1999 bildete (nach kurzer kriegerischer Auseinandersetzung) den Auftakt für die KFOR-Mission (Kosovo Force). Die Grundlage hierfür war die bis heute unverändert gültige UN-Resolution 1244, die der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen am 10. Juni 1999 verabschiedete. Auch fast neun Jahre später, nach der Unabhängigkeitserklärung des Kosovo am 17. Februar 2008, verblieb die KFOR-Mission mit Zustimmung der kosovarischen Regierung im Land. Die mit dieser Mission und der UN-Resolution 1244 verbundenen Konzepte und Aufgaben tragen bis heute.

Trotz des einen oder anderen krisenhaften Rückschlags – der leider auch weiterhin nicht ausgeschlossen werden kann – ist unbestritten, dass in der fragilen Region im und um das Kosovo die Lage relativ gut stabilisiert und insgesamt positiv vorangebracht werden konnte. Gewalt, wie sie durch Slobodan Milošević zu Beginn des Jahres 1999 gegen die Albaner zur Durchsetzung eines »ethnisch sauberen« Kosovo an der Tagesordnung war, gehört der Vergangenheit an. In der Region vollzieht sich ein Wandel durch Annäherung. Es besteht die Chance, diesen Wandel mit europäischer Perspektive weiter voranzubringen.

Während des Kosovo-Krieges waren Anfang April 1999 mehr als 700.000 Menschen aus dem Kosovo auf der Flucht. Eine humanitäre Katastrophe zeichnete sich ab. Allein circa 250.000 davon flohen nach Makedonien. Das brachte diesen Staat an die Grenze seiner Leistungsfähigkeit. Das zahlenmäßige Verhältnis von kosovo-albanischen Flüchtlingen zu Makedoniern betrug ungefähr eins zu acht und drohte zeitweise, den Staat Makedonien in seinen Grundfesten zu erschüttern. Das änderte sich nach Ende des Kosovo-Krieges sehr schnell. Bereits nach wenigen Wochen war der Großteil der aus dem Kosovo Vertriebenen in ihre Heimat zurückgekehrt. Seither sind die Verhältnisse im Kosovo trotz aller Risiken relativ stabil. Kurzfristig aufkeimende krisenhafte Konflikte waren bisher gut zu beherrschen und konnten Lösungen zugeführt werden. Es ist im gemeinsamen Zusammenwirken der politischen, militärischen, wirtschaftlichen und zivilen Kräfte und trotz zeitweiliger Rückschläge insgesamt gelungen, das Kosovo und die gesamte Region auf einen erfolgsversprechenden Weg zu bringen.

Dass die UN-Resolution 1244 und das KFOR-Mandat fortbestehen ist kein Zeichen für einen Misserfolg, sondern für einen vernünftigen gemeinsamen Weg. Damit werden auch künftig angemessene Voraussetzungen dafür gegeben sein, die entscheidenden zivilen wie militärischen Akteure umfassend einzubinden. Zu diesem vernetzten Ansatz, der in dem Mandat und der Resolution ausgedrückt ist, gibt es keine vernünftige Alternative. Was für die Zukunft trägt, ist die Erkenntnis, dass zivile wie militärische Kräfte gemeinsam

*Eine humanitäre
Katastrophe*

handeln müssen und nur im Rahmen eines politisch tragfähigen, Perspektive verheißenden Konzepts zur Entfaltung gebracht werden können. Die zivilen wie militärischen Kräfte im Kosovo haben im Rahmen der UN-Resolution 1244 unverändert den Auftrag, ein sicheres Umfeld im Kosovo aufzubauen und zu erhalten, humanitäre Hilfe in Notsituationen zu leisten, die Rückkehr von Flüchtlingen und Vertriebenen zu fördern sowie die Arbeit internationaler Hilfsorganisationen zu unterstützen. Auch wird KFOR dabei vor Ort eng mit der Mission der Vereinten Nationen – United Nations Interim Administration Mission in Kosovo (UNMIK) – und der Europäischen Union – Rechtsstaatlichkeitsmission der Europäischen Union (EULEX) – zusammenarbeiten.

Um diesen komplexen und multidimensionalen Auftrag mit Erfolg zu erfüllen, ist ein grundlegendes gemeinsames Verständnis der Akteure unverzichtbar. Das setzt eine gute gegenseitige Kenntnis, das Anerkennen und letztendlich ein daraus entstehendes Vertrauen der jewei-

*Kenntnis,
Anerkennung
und Vertrauen*

ligen politischen Akteure voraus. Dabei haben die zivilen und militärischen Handlungsträger unverändert eng zusammenzuwirken. Die KFOR-Kommandeure vor Ort müssen sich der lokalen politischen Verhältnisse und der politischen Auswirkungen ihres Handelns stets sehr bewusst sein. Genau dies haben die bisherigen KFOR-Kommandeure uneingeschränkt unter Beweis gestellt. Damit haben sie sich große Verdienste und in der Region eine vorzügliche Reputation erworben.

Die Bundeswehr ist seit Beginn des Einsatzes am 12. Juni 1999 im Kosovo präsent und soll es auf der Grundlage des am 11. Juni 2015 vom Deutschen Bundestag beschlossenen Mandates auch weiterhin bleiben. Dabei konnte in den vergangenen Jahren die Truppenstärke kontinuierlich verringert werden. Zu Beginn des Einsatz-

zes im Jahre 1999 waren mehr als 50.000 Soldaten aus mehr als 40 Nationen Teil von KFOR, heute sind es noch etwa 4.650 Soldatinnen und Soldaten aus 31 Nationen, acht von ihnen sind nicht Mitglieder der NATO. Allein die Tatsache, dass trotz dieser erheblichen Reduzierung der damaligen KFOR-Truppenstärke auf nunmehr weniger als ein Zehntel die Verhältnisse in der Region verhältnismäßig stabil geblieben sind, zeigt, dass man auf einem guten Weg ist. Unter der Voraussetzung, dass die politischen Handlungsträger in der Region wie bisher besonnen agieren, spricht derzeit alles für einen weiteren Erfolg der KFOR-Mission. Dennoch sind vereinzelte Rückschläge auch künftig nicht auszuschließen. Dass sie jederzeit auftreten können, zeigt sich nicht nur im Kosovo, sondern auch am Beispiel Makedoniens, dem »ganzen Balkan im Kleinen« (Nadia Pantel). Dort kamen bei Ausschreitungen am 9. Mai 2015 in der zweitgrößten, albanisch geprägten Stadt Kumanovo 22 Menschen ums Leben. Auch im Kosovo werden Konflikte, die von Zeit zu Zeit aufflammen, künftig nicht gänzlich auszuschließen sein. Dies gilt besonders für die serbisch geprägte Nordregion, wo seit Juli 2011 wiederholt Reserven aus Deutschland – sogenannte ORF-Kräfte (Operational Reserve Forces) – verlegt werden mussten. Wie wesentlich sich hierbei im Rahmen des Krisenmanagements vor Ort die politische Rolle eines KFOR-Kommandeurs auswirken kann, zeigt die Entstehungsgeschichte des so genannten »Nothing Hill Abkommens«, das am 5. August 2011 zwischen dem damaligen KFOR-Kommandeur Generalmajor Erhard Bühler sowie dem serbischen Chefunterhändler Boris Stefanovic und dem kosovarischen Premierminister Hashim Thaçi ausgehandelt wurde.

Was bleibt nach nunmehr 16 Jahren KFOR-Einsatz im Kosovo und 16 Jahren UN-Resolution 1244? Obwohl die Region auf einem guten Weg ist, scheint noch

nichts endgültig gesichert. Krisenhafte Entwicklungen der Vergangenheit konnten stets mit Augenmaß und hohem politischen Bewusstsein der KFOR-Kommandeure und der zivilen Handlungsträger vor Ort deeskalierend gemeistert werden. Vie-

Die Region ist auf einem guten Weg

les wurde besser, aber es ist noch lange nicht alles gut. Im Kosovo ist die Wirtschaft noch viel zu schwach, die Arbeitslosigkeit viel zu hoch und das Durchschnittseinkommen viel zu gering. Korruption und organisierte Kriminalität bilden eine allseits wirkende Gefahr. Das stört den weiteren politischen und wirtschaftlichen Aufbauprozess. Außerdem kann dies zum unerwünschten Nährboden für den Aufbau aufständischer und unter Umständen gar terroristischer Strukturen werden und ist damit für die Sicherheit der Region von Belang.

Umso mehr brauchen wir deshalb bis auf Weiteres das angepasste, gemeinsame und vernetzte Engagement der internationalen Staatengemeinschaft im Rahmen des KFOR-Mandates und der UN-Resolution 1244. Dabei muss der Blick in die

Region deutlich über die Grenzen des Kosovo hinausreichen. Vieles, was im Kosovo geschieht, erklärt sich von außerhalb der Grenzen. Die meisten Dinge stehen in einem größeren Zusammenhang und wirken potenzierend aufeinander ein. Unverändert ist dabei ein umfassendes Verständnis der Vorgänge und der Verhältnisse und Akteure geboten. Um die vor uns liegenden Herausforderungen unverändert gut zu meistern, brauchen wir den schon in der Vergangenheit so oft beschworenen »langen Atem«. Wenn wir diesen auch künftig unter Beweis stellen und wie bisher dabei über die Tagespolitik hinaus denken, dann werden wir auf dem Weg zur Stabilisierung und dauerhaften Europäisierung des Balkans weitere bedeutsame Schritte vorankommen. Schritte, welche die Region hoffentlich weniger fragil und noch widerstandsfähiger gegen störende Einflüsse werden lassen. Die KFOR-Mission hat dazu bisher einen unverzichtbaren und sehr erfolgreichen Beitrag geleistet. Es sind derzeit keine Anzeichen erkennbar, dass sich dies in absehbarer Zeit ändern könnte.



Walter Kolbow

MdB a.D. und ParlSts a.D., war 1999/2000 Beauftragter der Bundesregierung zur Koordinierung der humanitären Hilfe im Kosovokrieg.



Volker Barth

Brigadegeneral, war 1999/2000 der persönliche Referent von Walter Kolbow in Makedonien.